

MIETER HELFEN MIETERN

Frankfurt e.V.



An die
Lokalredaktion

Große Friedberger Straße 16-20
60313 Frankfurt am Main
Tel.: (069) 28 35 48
Fax: (069) 29 63 30
post@mhm-ffm.de
www.mhm-ffm.de

16.05.2008

ABG FRANKFURT HOLDING macht Umlandgemeinden für Stopp des Neubaus von Sozialwohnungen verantwortlich - Sozial verträglicher Mix aufgegeben

Sehr geehrte Damen und Herren,

angesichts der massiven Schrumpfung des Sozialwohnungsbestands wird der Bau neuer Sozialwohnungen immer dringlicher. Nachdem sich Bund und Land zurückgezogen haben, liegt die Aufgabe allein bei der Stadt. Doch die Verantwortlichen lehnen es ab, hierfür Mittel bereitzustellen.

Nicht einmal 100 Sozialwohnungen werden von der ABG jährlich gebaut. Diese Zahl ist die Mindestmenge, die die Stadt nicht unterschreiten darf. Denn sie nimmt die Fehlbelegungsabgabe ein, deren Überschuss zu diesem Zweck verwendet werden muss. Eine weitere zweckgebundene Einnahmequelle hat die Stadt Anfang der 90er Jahre abgeschafft: Die aus den geförderten Darlehen zurückfließenden Mittel wurden zur Stopfung von Haushaltslöchern zweckentfremdet.

Die Aussage des Geschäftsführers der ABG, **es werde in Frankfurt sehr viel für den sozialen Wohnungsbau getan** (FR vom 02.05.08), stellt die Realität auf den Kopf und bestätigt, dass der Magistrat bei seiner Blockadehaltung bleiben will.

Als Beleg für das angeblich starke eigene Engagement verweisen die Verantwortlichen auf Umlandgemeinden, die gar nicht fördern würden. Hierbei verkennt der Magistrat, dass nur Frankfurt so hohe Einnahmen aus der Fehlbelegungsabgabe hat, dass damit Projekte des sozialen Wohnungsbaus finanzierbar sind. Außerdem gehen einige Umlandgemeinden durchaus mit gutem Beispiel voran und zeigen Frankfurt, dass es auch ohne zweckgebundene Mittel geht. Bad Homburg hat in 2006 für über 300 Wohnungen, die ehemals der Landesärztekammer gehörten, kommunale Belegungsrechte geschaffen.

Die Wohnungsgesellschaft der Stadt Frankfurt hingegen betreibt in den letzten Jahren ihren Neubau hauptsächlich auf Filetgrundstücken und errichtet dort hauptsächlich Eigentumswohnungen. Der ehemals proklamierte Mix „1/3 Sozialer Wohnungsbau, 1/3 Frankfurter Programm bzw. normale Mietwohnungen, 1/3 Eigentum“ wurde still und leise aufgegeben. Offenbar ist die ABG bestrebt, ihren Wohnungsbestand möglichst attraktiv im Sinne von Investoren zu machen. Zur Realisierung der ABG-Projekte (wie in Bockenheim und Bornheim) war ein städtisches Unternehmen überflüssig. Als sozialen Ausgleich zu dieser Art von Wohnungsbau müssten die dort von der ABG erzielten Gewinne für die Förderung von Sozialwohnungen eingesetzt werden.

Es fällt auch auf, dass sich die Stadt bzw. die ABG (anders als NASSAUISCHE HEIMSTÄTTE und GWH) nicht in den Gebieten engagiert, in denen ein städtebauliches Konzept gefragt ist, wie am Rebstock, im Europaviertel oder auf dem Riedberg. Gerade hier könnten auch Wohnungen für Einkommensschwache integriert werden, ohne dass ein Gettoeffekt entsteht.

Darüber hinaus droht dem Sozialen Wohnungsbau durch die dramatische Schrumpfung des Bestands eine erhöhte Belegungsrate bzw. eine Konzentration der Ärmsten der Armen. Ehemals war eine der Funktionen des Sozialen Wohnungsbaus die Versorgung von Personen mit mittleren Einkommen. Wenn aber nicht wesentlich mehr neue Sozialwohnungen gebaut werden und wenn die ABG nicht angewiesen wird, nennenswerte Teile ihres Bestands wieder für die kommunale Belegung zur Verfügung zu stellen, werden die letzten Reste des Sozialen Wohnungsbaus bald zu sozialen Brennpunkten.

Mit freundlichen Grüßen

Jürgen Lutz